Valentini

Es gab im alten Preußen drei Einrichtungen, die dem konstitutionellen Charakter des Staates widersprachen: das Zivilkabinett des Königs, das Militär- und das Marinekabinett. Ihr gemeinsames Charakteristikum war es, daß sie dem Monarchen persönlich und unmittelbar zur Verfügung standen und dem Parlament ebensowenig verantwortlich waren wie dem Ressortministerium. Das bedeutete rechtlich ein, völlige Ausschaltung jeder Kontrolle und war unverkennbar ein absolutistisches Reservat der Krone, die damit die alleinige Verfügungsgewalt in allen Personalfragen behielt. Dieser Zustand, der mit dem Grundsatz der Verantwortlichkeit unvereinbar war und das Parlament zur Bewilligungsmaschine herabdrückte, wurde von den Oppositionsparteien unablässig, aber erfolglos bekämpft; tatsächlich war der Willkür und Laune des Herrschers, wie sie ganz besonders Wilhelm II. auszeichnete, damit ein gefährliches Werkzeug in die Hand gegeben. Daß die Inhaber dieser Aemter, meist Höflingsnaturen, nicht selten eine ganz persönliche und dann unheilvolle Politik trieben, dafür ist u. a. das Marinekabinett bekannt geworden; die letzten Chefs haben sich durch ihr Intrigantentum den tiefen und nicht unbegründeten Haß sehr weiter Kreise zugezogen. Die konservativen Kreise waren im allgemeinen mit den Kabinetten sehr zufrieden, denn ihre Interessen blieben gewahrt; konnte doch „gegen den Willen des Königs und des Adels in Preußen bis zum Herbst 1918 in ganz Preußen und im Reiche nichts Wesentliches durchgesetzt werden" — wie es der „Konservativen Monatsschrift" im Herbst 1921 entschlüpfte — ein Geständnis, das den Versuch, die damals leitenden Kreise zu entlasten und das deutsche Volk mit der Schuld am Zusammenbruch zu belasten, allerdings erschwert.

Man wird an diese unerquicklichen Dinge wieder erinnert, denn der vorletzte Chef des Zivilkabinetts, Herr von Valentini, ist am Freitag gestorben. Die Oeffentlichkeit hat ihn nicht so gekannt, wie seinen Vorgänger, Herrn von Lucanus. „Lucanus geht um" — war ein geflügeltes Wort: ein Minister oder hoher Beamter, bei dem der Chef des Zivilkabinetts offiziell vorsprach, hatte nur noch eine Wahl: sein Abschiedsgesuch einzureichen. Einen Ausspruch Valentinis sollte man sich aber merken, den er noch im dritten Kriegsjahr an einen hohen Staatsbeamten schrieb: „Nach dem Kriege wird der ganze parlamentarische Mummenschanz verschwinden, und der Kaiser wird regieren, wie er es für gut findet". Man erinnert sich, daß damals Pläne für einen Umsturz von oben erörtert wurden (Abschaffung des Reichstages usw), um die Stellung des Monarchen gegenüber dem Volke zu stärken und aus dem „Sieger des Weltkrieges" eine Art Cäsar zu machen. Herr von Valentini, der über die geheimsten Absichten wohl sehr gut unterrichtet sein konnte, hat damals die Rückkehr zum Absolutismus verhüllt angekündigt. Das genügt zur Kennzeichnung der Gesinnung, mit der man damals dort oben die Dankesschuld gegenüber dem deutschen Volke abzutragen gedachte!

*

Rudolf v. Valentini wurde am 1. Oktober 1855 zu Grussow in Mecklenburg geboren. Nach Beendigung seiner juristischen Studien trat er 1882 in die Verwaltung ein. 1899 wurde er als Vortragender Rat in das Zivilkabinett des Kaisers berufen, im Jahre 1908 Regierungspräsident in Frankfurt a. O. Als im Jahre 1908 Herr v. Lucanus gestorben war, wurde v. Valentini als sein Nachfolger wieder in das Zivilkabinett berufen, dessen Chef er bis zum 17. Januar 1918 blieb. Er schied dann aus, da ihm nicht ohne Grund vorgeworfen wurde, daß er den Verkehr des Kaisers mit den politisch verantwortlichen Persönlichkeiten erschwere. Sein Nachfolger wurde v. Berg, bis dahin Oberpräsident von Ostpreußen.

Schiedsspruch im Versicherungsgewerbe

Berlin, 21. Dezember.

In dem Tarifstreit des Gewerkschaftsbundes der Angestellten und der übrigen Angestelltenverbände hat das vom Arbeitsminister berufene Schiedsgericht unter dem Vorsitz des Reichswirtschaftsgerichtsrats Dr. Königsberger gestern in später Abendstunde einen einstimmigen Schiedsspruch gefällt, der vorsieht, daß der Rahmentarifvertrag mit verschiedenen Verbesserungen verlängert wird bis zum 31. März 1927. Die Bezüge der Versicherungsangestellten sollen mit Wirkung vom 1. Januar 1926 allgemein um 4 Prozent erhöht werden.

Bazille in München

München, 21. Dezember.

Der württembergische Staatspräsident Bazille ist heute in München eingetroffen, um den Besuch, den der bayrische Ministerpräsident Dr. Held im Mai dieses Jahres der württembergischen Landeshauptstadt abgestattet hat, zu erwidern.

Das Ermittlungsverfahren gegen den Kreishauptmann von Leipzig, Dr. Markus, wegen Meineides, das durch eine Eingabe des deutschnationalen Pfarrers Lic. Dr. Wirth (Chemnitz) veranlaßt worden war, ist von der Staatsanwaltschaft Chemnitz eingestellt worden. Die Kosten des Verfahrens übernimmt die Staatskasse.

*

„Daily Mail" meldet aus Kairo, daß die Abdankung des Königs Ali von Hedschas von zuverlässiger Seite in Mekka gestellt werde. Ebenso erklärte ein Vertreter der Hedschimiten-Partei dem Vertreter Reuters in Kairo, daß er bisher keine Bestätigung der gemeldeten Abdankung des Königs Ali erhalten habe.

Die Kammerdebatte über Syrien

Vertrauensvotum für die Regierung

Paris, 21. Dezember

Um 2 Uhr nachts beendete die Kammer die syrische Interpellationsdebatte, die gestern den ganzen Tag in Anspruch genommen hatte. Die Debatte verlief teilweise überaus stürmisch. Kriegsminister Painlevé wollte sogar einmal, als ein Redner höchste gerichtliche Bestrafung aller soldatenmordenden Generale verlangte, zum Zeichen des Protestes den Saal verlassen und konnte nur mit Mühe von befreundeten Abgeordneten zurückgehalten werden. In der Nachtsitzung kam es zu einer interessanten Auseinandersetzung zwischen Briand und dem kommunistischen Abgeordneten Cachin über die Rolle Englands bei dem syrischen Aufstand. Cachin behauptete, daß England den Aufstand der Drusen nach Kräften geschürt und unterstützt habe. Einmal habe sogar ein englischer Offizier in einem französischen Flugzeuge Damaskus überflogen und antifranzösische Flugblätter abgeworfen. Briand seinerseits erklärte, davon nichts zu wissen. Die Beziehungen zwischen Frankreich und England seien so herzlich, wie nur irgendmöglich. Es sei natürlich nicht zu bestreiten, daß ein Staat nicht unbedingt Meister auch über den letzten seiner Angestellten sein könne. Es habe vielleicht Uebergriffe einiger untergeordneter Stellen gegeben. Aber man habe zwischen Frankreich und England ein Abkommen getroffen, das größere Uebergriffe unmöglich mache. Im übrigen betonte Briand, daß der neue syrische Oberkommissar de Jouvenel nicht etwa wegen Festsetzung der Grenze zwischen Syrien und Palästina nach London reist, sondern um gewisse politische Verhandlungen über Transjordanien fortzusetzen.

Unter den sieben Entschließungen, die der Kammer zur Abstimmung vorlagen, verlangten nicht weniger als drei die Rückgabe des syrischen Mandats an den Völkerbund. Nach nochmaliger Intervention Briands und nach einer glänzenden Rede Paul-Boncours über die Vorteile des Mandats sprach die Kammer mit 300 gegen 29 Stimmen der Regierung das Vertrauen aus. Der größte Teil der Sozialisten, die äußerste Rechte und ein Teil der Mitte haben sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten, während die Kommunisten gegen die Regierung stimmten.

Doumers Pläne

Paris, 21. Dezember.

Die Blätter geben nähere Einzelheiten über den Finanzplan Doumers. Das Programm sieht vor, daß die neuen Steuerzüge, die nach dem Gesetz vom 4. Dezember beschlossen worden sind, bestehen bleiben. Außerdem sollen die Tabakpreise erhöht werden. Schließlich soll eine Exportabgabe in Höhe der augenblicklichen Umsatzsteuer erhoben werden. Die Umsatzsteuer selbst soll für Verkäufe im Inlande ebenfalls erhöht werden mit Ausnahme von Waren des täglichen Bedarfs. Doumer hofft, durch diese Maßnahmen das Gleichgewicht des Budgets herbeiführen, die jährlichen Vorschüsse an die Bank von Frankreich zurückzahlen und die Amortisierung der öffentlichen Schulden in Angriff nehmen zu können. Es scheint, als ob Doumer nicht direkt eine Amortisationskasse schaffen will, sondern vielmehr einen Amortisationsrat, der aus namhaften Sachverständigen der staatlichen Verwaltung und der Privatwirtschaft bestehen soll. Schließlich gedenkt Doumer durch ernsthafte Sparsamkeit und strengste Erhebung der Steuern, namentlich der Einkommensteuer, einen wesentlichen Mehrertrag erheben zu können. Außerdem soll eine neue Luxussteuer eingeführt werden, die ziemlich mit dem Caillauxschen Gedanken der Besteuerung des wirtschaftlich untätigen Kapitals zusammenfallen würde. Doumer soll erklärt haben, daß alle diese Maßnahmen zwar für spätere Zeit sehr gute Ergebnisse zeitigen würden, daß aber für die nächste Zukunft nicht allzuviel erwartet werden dürfe. Man müsse die neuen Maßnahmen eine Zeitlang laufen lassen, bis sie ihren vollen Ertrag brächten.

Die Vorgeschichte des französischen Industriellenangebots

Paris, 21. Dezember.

In Kreisen, die Loucheur nahestehen, wird zu dem Angebot der Großindustriellen des Nordens an die französische Regierung in der Frage einer Auslandsanleihe bemerkt, daß dieses Angebot schon lange Zeit zurückliege. Diese Industriellen hätten bereits, als Loucheur noch Finanzminister war, mit ihm Besprechungen gehabt, ihm dabei ihre schwierige Finanzlage vorgetragen und angefragt, ob der Finanzminister es ihnen in Zukunft gestatten würde, ihre Abschlüsse in Dollar oder Pfunden zu formulieren. Selbstverständlich habe Loucheur sich diesen ungesetzlichen Maßnahmen widersetzen müssen, er habe den Industriellen vorgeschlagen, mit ihm und den zuständigen Stellen weitere Wege zu suchen, so schnell wie möglich den Franken zu stabilisieren. Die Verhandlungen seien dann durch die Krisis im Finanzministerium unterbrochen worden. Die Industriellen hätten darauf verlangt, von dem Präsidenten der Republik empfangen zu werden. Dieser habe sie auch angehört, sie aber verfassungsmäßig an den Ministerpräsidenten und den Finanzminister zurückverwiesen. Dort sei aber ebenso wie bereits von Loucheur betont worden, daß eine Anleihe in Amerika nicht aufgenommen werden könne, solange die Schuldenfrage nicht geregelt und das Budget nicht ins Gleichgewicht gebracht sei und daß außerdem eine 400-Millionen-Dollaranleihe, also doppelt so viel als die deutsche Dawes-Anleihe, die Kräfte nicht nur Amerikas, sondern sogar des ganzen Weltmarktes übersteigen würde. Man gibt in den obengenannten Kreisen dem Bedauern darüber Ausdruck, daß diese Frage einer ausländischen Anleihe durch die Großindustriellen in die Oeffentlichkeit lanciert worden ist, ehe die interalliierte Schuldenfrage und das Gleichgewicht im Budget geregelt seien.

Frankreichs Sanierungskampf

Die Geschichte wiederholt sich und die Menschheit wird nicht klüger. Im Juni 1921 legte das deutsche Reichswirtschaftsministerium eine Denkschrift über die Belastung der Sachwerte vor. Dem Verfall der Mark sollte endlich Einhalt geboten werden. Die deutsche Industrie bot der Regierung daraufhin, um der Sachbelastung zu entgehen, zunächst einen Kredit von 1 Milliarde Mark an, erklärte dann aber, daß die Eisenbahnen ja Goldwert genug seien, und verlangte Privatisierung der Reichsbahn. Es kam schließlich nach der Konferenz von Cannes (Anfang 1922) zu einem Steuerkompromiß auf der Grundlage der Papiermarksteuern. Die Sachbelastung war vergessen und die in eine „feste Papiermarksumme" umgewandelte Zwangsanleihe brachte statt 1 Milliarde Goldmark nur 70 Milliarden Papiermark (nach damaligem Wert kaum 50 Millionen Goldmark). Der Währungsverfall ging weiter.

Und wie steht es heute in Frankreich? Seit dem Frankensturze im März 1924 versucht die Regierung fortgesetzt, den Staatshaushalt in Ordnung zu bringen und die Währung zu stabilisieren. Bis jetzt mit dem Erfolge, daß das Budgetdefizit mit jedem Tage wächst und der Franken den tiefsten Stand des Jahres erreicht hat. Die letzten Tage haben uns nunmehr auch das Kreditangebot der französischen Industrie gebracht, nachdem die Versuche Caillaux' und Loucheurs den bündigen Beweis erbracht hatten, daß eine Frankenstabilisierung nur möglich ist durch tiefeinschneidende Steuergesetze, die vor allem auch den Besitz treffen müßten. Der Franken, der sich auf das Kreditangebot der Industrie gebessert hatte, ist wieder gefallen, nachdem die Industrie von ihrem Angebot — ebenso wie seinerzeit die deutsche — wieder abgerückt ist. Das weitere Schicksal des Franken bleibt in Dunkel gehüllt, aber wenn eine Prophezeiung gemacht werden muß, so kann sie nur pessimistisch lauten. Der Parallelismus der Entwicklung in Deutschland und Frankreich scheint zu dem Urteil zu berechtigen, daß das französische Volk gegenwärtig wohl den guten Willen, aber noch nicht die Kraft hat, den Währungsverfall aus eigenem Antrieb aufzuhalten. Für diese Meinung spricht auch die Ernennung Doumers zum Finanzminister. Sein Programm ist zwar bisher noch nicht vollständig bekannt, was aber bisher darüber an die Oeffentlichkeit gedrungen ist, spricht nicht dafür, daß es ausreichend ist, um den Franken zu stabilisieren.

Bei einer pessimistischen Betrachtung des französischen Sanierungskampfes muß man sich allerdings davor hüten, den Vergleich mit den deutschen Verhältnissen der Inflationszeit zu weit zu treiben. Für Frankreich fallen viele Momente weg, die zur Ueberstürzung des Währungsverfalles in Deutschland wesentlich beigetragen haben. Frankreich hat keine Reparationen zu zahlen und keine Ruhrbesetzung, die der deutschen Mark den Todesstoß versetzt hat, zu erwarten. So wird der Verfall des Franken niemals in jenes verheerende Tempo verfallen, das den Ablauf der deutschen Inflation kennzeichnete. Mit dieser Einschränkung aber scheint Gefahr zu bestehen, daß der Frankenverfall zunächst noch fortdauert.

Der Umbau der italienischen Presse

Rom, 21. Dezember.

Im kommenden Jahre wird die völlige Umgestaltung der italienischen Presse folgendermaßen vollzogen sein: Die Leitung der „Stampa" übernimmt der faschistische Senator Bevione, bisheriger Leiter des „Secolo", den der Direktor des Triestiner „Piccolo" ablöst. Die Turiner „Gazetta" wird von Maffin, dem Mitarbeiter der „Tribuna", geleitet werden. Der Mailänder „Corriere della Sera" verbleibt unter der Leitung von Croci. Die Genueser Blätter werden unter dem Namen „Giornale di Genova" zusammengefaßt. In Rom gehen die „Epoca" und die „Idea Nazionale" ein; die letztere fusioniert sich mit der „Tribuna", die dem bisherigen Chef der „Idea Nazionale" übergeben wird. Das „Giornale d'Italia", durch Aktienverkauf der Kontrolle des liberalen Senators Borzino entzogen, erhält den jetzigen Pressechef im Ministerpräsidium Menelli als Schriftleiter. „Mondo" und „Risorgimento", die Amendola gehören, sollen bald ganz eingehen. In ihrer Druckerei wird „Lavoro d'Italia" als Organ der faschistischen Gewerkschaften herausgebracht. Das Schicksal des Neapeler „Mattino" ist noch unentschieden.

Politische Verhaftungen in Ungarn

Budapest, 21. Dezember.

Die Polizei hat einen gewesenen ungarischen Staatssekretär, ferner einen angeblichen Wiener Journalisten, dessen Frau und noch eine vierte Person unter dem Verdachte staatsfeindlicher Umtriebe in Haft genommen. Die Namen der Verhafteten werden streng geheim gehalten, desgleichen verweigert die Polizei jede Auskunft über die Umtriebe. Ob es sich um eine monarchistische oder kommunistische Verschwörung handelt, wird man abwarten müssen.

Die jugoslawischen Schulden

Belgrad, 20. Dezember.

Der Zeitung „Vreme" zufolge wird die jugoslawische Abordnung zur Regelung der Frage der Kriegsschulden Belgrad am nächsten Sonntag verlassen. Die Abordnung, die unter der Leitung des Finanzministers Stojadinowitsch steht, wird sich kurze Zeit in Paris aufhalten, um über die jugoslawischen Schulden bei Frankreich zu verhandeln, und wird sich am 6. Januar in Cherbourg nach den Vereinigten Staaten einschiffen. Gleichzeitig soll über eine Anleihe in Amerika verhandelt werden.

Der Krieg in Marokko

Paris, 21. Dezember.

Nach Nachrichten aus Casablanca sollen die französischen Truppen nach verschiedenen erfolgreichen Vorstößen das Senhadja-Massiv, in dem die Ristruppen besonderen Widerstand geleistet hatten, eingenommen haben. Dieser Erfolg wirke sich bereits dahin aus, daß die umwohnenden Stämme sich Frankreich zu unterwerfen beginnen.

Paris, 21. Dezember.

Nach dem „Echo de Paris" wird der Oberste Kriegsrat Mittwoch zusammentreten, um mit der Ueberprüfung der Heeresreform zu beginnen, die bekanntlich eine Herabsetzung der Dienstzeit auf ein Jahr vorsieht.

Auch die Prager Tschechen werden vernünftiger

Prag, 21. Dezember.

Wegen des Absingens von „Deutschland über alles" durch die deutschen Abgeordneten im Prager Parlament hatten die Narodny Listy zu einer großen „Straßendemonstration" gegen die Deutschen gehetzt. Andere Blätter haben sekundiert. Aber die Prager Bevölkerung hat sich taub gezeigt. Am Sonnabend abend haben sich kaum tausend von den Bewohnern Prags an der Peripherie zu einer antideutschen Kundgebung eingefunden. Und die tschechischen Faschisten, die gestern, am Goldenen Sonntag, im Verkehrszentrum Prags auf dem Wenzelsplatz, eine Demonstration veranstalteten, mußten ein noch kläglicheres Ergebnis buchen. Das peinlichste an dieser Demonstration, an der kaum 200 Faschisten teilnahmen, die sich den Prager Neugierigen zum ersten Male in der den italienischen Gesinnungsgenossen nachgeäfften Tracht vorstellten, war, daß sich auch tschechische Offiziere in Uniform mitbeteiligten.

Die Faschisten veranstalteten einen Umzug, der ihnen von der Polizei auch bewilligt wurde, allerdings, nachdem sich die verantwortlichen Führer verpflichtet hatten, daß nichts „unternommen" werde. Von starken Polizeikordons begleitet und von seiten des tschechischen Publikums mit nicht gerade schmeichelhaften Bemerkungen bedacht, zogen die Faschisten über den „Graben", wo sie vor den deutschen Lokalen eine Katzenmusik veranstalteten. Am Ende des Grabens wurde ihnen nahegelegt, endlich auseinanderzugehen, was die Faschisten wohl oder übel auch tun mußten, als sie sahen, daß sie weder Zulauf noch Verständnis fanden.

Differenzen zwischen Moskau und Leningrad

Moskau, 21. Dezember.

Im gestrigen Plenum des Parteikongresses kam es zu einem, wie die „Prawda" bemerkt, in der Geschichte der Partei noch nicht dagewesenen Ereignis. Neben dem offiziellen Berichterstatter des Zentralkomitees über politische Fragen trat auch auf Grund einer bisher nicht angewendeten Bestimmung des Statuts des Parteikongresses als Nebenberichterstatter Sinowjew auf, der in vielem die Politik der Parteileitung angriff. Die Leningrader Parteiorganisation veröffentlicht einen Brief an die Moskauer, in dem sie zur Einigkeit aufruft und die Beschuldigungen gegen die Leningrader Parteiorganisation und ihren Führer zurückweist. Das Antwortschreiben der Moskauer Organisation hält durch zahlreiche Auszüge aus den letzten Schriften Sinowjews und Safarows die gestrige Beschuldigung gegen Leningrad aufrecht und beschuldigt insbesondere Sinowjew und Safarow. U. a. wird die Leningrader Leitung auch beschuldigt, einzelne Personen in führender Stellung, die Anhänger des Zentralkomitees der Partei waren, abgesetzt zu haben. Es macht den Eindruck, daß es sich in erster Linie um einen Konflikt zwischen der Parteileitung und Sinowjew und seinen Anhängern handelt, da die theoretischen Streitfragen nicht von so überragend aktueller Bedeutung sind, als daß sie die jetzt plötzlich heftig werdenden Diskussionen rechtfertigen.

Chinasorgen

London, 21. Dezember.

Der „Daily Telegraph" veröffentlicht ein Telegramm seines Berichterstatters Perceval, in dem es heißt, die letzten Tage hätten eine wichtige Entwicklung in den Beziehungen zwischen einigen Mächten und China gesehen. Von zwei Staaten seien Sonderaktionen unternommen worden, von Frankreich und Japan. Die Bedeutung, insbesondere der japanischen Aktion, liege darin, daß die Ansicht um sich greifen werde, die richtaktatischen Mächte seien im Mächtekonzern weniger beachtenswert als Japan. Die Folge könne sein, daß die Pacifikfrage, die keine Partei während der Konferenz aufzuwerfen wünsche, aufgeworfen werde; denn dadurch, daß Japan wieder mit bewaffneter Hand in die südliche Mandschurei eindringe, werde die gesamte Lage verändert. Es sei nur zu wahrscheinlich, daß zahlreiche von Japan und anderen Mächten seit dem Waffenstillstand gemachten Konzessionen von beiden Seiten zurückgezogen werden. Zur Zeit brauche nur gesagt zu werden, daß eine Tendenz zu unabhängigen Aktionen der Mächte sich fühlbar mache, was ernste Folgen haben könne. Die Konferenz müsse jedoch fortgesetzt werden; wenn nötig, müßten ihre Befugnisse erweitert werden, um weit wichtigere Fragen zu behandeln als die, für die sie zusammenberufen worden sei.

Der Kampf um den Alkohol in den Vereinigten Staaten

Washington, 21. Dezember.

Anläßlich einer Rede des Republikaners Edge im Senat, in der er gegen das Antialkoholgesetz scharfe Angriffe richtete und die Herstellung von Bier mit einem Alkoholgehalt von 2,75 Prozent befürwortete, wendeten sich verschiedene Kongreßmitglieder im Repräsentantenhaus mit scharfen Worten gegen die „Antialkohol-Fanatiker".

Die weitestgehende Vorlage zur Abwendung des Antialkoholgesetzes ist die des Kongreßmitgliedes Berger, der sich für vierprozentiges Bier und zwölfprozentigen Wein einsetzt. Obwohl man der Ansicht ist, daß das Gesetz während des jetzigen Tagungsabschnittes des Kongresses kaum abgeändert werden wird, so hegen die strikten Alkoholgegner doch die Befürchtung einer starken Zunahme der gemäßigten Alkoholgegner bei den nächsten Kongreßwahlen.

Der Präsident der Columbia-Universität erklärt, der Versuch, ein allgemeines Alkoholverbot durch Aenderung der Bundesverfassung herbeizuführen, habe sich als kolossaler Fehlschlag erwiesen. Das Prohibitionsgesetz sei angesichts seiner schädlichen Folgen die unmoralischste Maßnahme der Regierung gewesen.

Der König und die Königin der Belgier, die sich inkognito einige Tage in Paris aufgehalten haben, sind wieder abgereist.